

Transkription der Bürgeranfrage

Ratssitzung vom 19. Dezember 2017

Bürgerfrage von Frau Heidrun Krüger:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte eine Anfrage zu der Firma Eckert & Ziegler und GE Healthcare stellen. Viele von ihnen haben im Planungs- und Umweltausschuss im Mai den Vortrag des niedersächsischen Umweltministeriums gehört und auch die Grenzwerte, die Genehmigung – alles wurde erläutert. Frau Dr. Lange selbst hat erklärt, dass die Genehmigung von Iod 131 an diesem Standort zu hoch ist und diese gesenkt werden muss. Diese Aussage wurde von einigen Parteien auch schon an die Öffentlichkeit transportiert. Genau dieser Stoff wurde jetzt bei dem Zwischenfall im November auf dem Betriebsgelände verschüttet. Und, ich muss sagen, der Grenzwert wurde nach unseren Informationen um 40% überschritten und drei Mitarbeiter wurden bei diesem Vorfall nach unseren Informationen verstrahlt. Wenn die Grenzwerte überschritten werden, nämlich deutlich, denn die Genehmigung wurde ja bislang nicht abgesenkt. Es war also gar keine Lappalie, wie jetzt dargestellt werden wird, sondern eigentlich tiefgreifendes Behördenverschulden, die Werte nicht zeitnah den Erkenntnissen anzupassen. Das meldepflichtige Ereignis würde so in ganz anderem Licht dastehen und hätte ggf. auch unverzüglich an das NMU und die Stellen der Stadt Braunschweig gemeldet werden müssen. Die Frage dazu: Wird die Stadt Braunschweig endlich daraufhin wirken, dass die bereits im Mai 2017 für nötig befundene Absenkung der Iod 131 Genehmigung nunmehr unverzüglich erfolgt?

Antwort Baudezernent Heinz-Georg Leuer:

Ja, sehr geehrte Frau Krüger, die Stadt Braunschweig befindet sich im Austausch mit dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz und den ansässigen Firmen. Sie sprachen die Planungs- und Umweltausschusssitzung an, wo ja auch das Ministerium hier war, wo wir über viele Dinge gesprochen haben, zum Teil Dinge, die den Bebauungsplan betreffen, das ist der Part, den die Stadt ja macht und auch zum Teil die Dinge, die die Umgangsgenehmigung betreffen. Das ist sicherlich auch Ziel, das haben sie ja auch mitgenommen, dass das Thema Umgangsgenehmigung angefasst wird, allerdings da natürlich seitens des NMU und auch das steht allerdings mit auf der Agenda. Das Ministerium ist es also, dass für diese Änderung der Umgangsgenehmigung zuständig ist. Wann und wie weit eine Reduzierung der Umgangsgenehmigung, ggf. der Iod-131-Genehmigung erfolgen soll, wird derzeit ganz konkret auch zwischen der

Genehmigungsbehörde und den sich vor Ort befindenden Firmen besprochen und verhandelt. Ich kann ihnen leider hier keinen aktuellen Zwischenstand geben und ihnen sagen, wie es da ganz konkret ist. Gerne leiten wir die Frage ans Ministerium weiter und geben da auch, wenn wir eine Antwort haben, das so bekannt.